



Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger

# First come, first serve!

**W**ir werden täglich mit neuen Informationen versorgt: Wer, wann und wieviel zusätzliche Impfdosen liefern wird. Planungssicherheit schaut anders aus!

Nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in Österreich gibt es ganz unterschiedliche Impfstrategien der Länder und Lokalinteressen, was sogar schon die Forderung nach sich gezogen hat, Impfpflicht zur Kassa zu bitten. Das ist falsch verstandener Föderalismus!

Die Zahl der übrig gebliebenen Impfdosen steigt, weil die Bevölkerung durch viele gegenläufige Informationen zunehmend verunsichert ist. Es ist zweifellos besser, diese nicht verfallen zu lassen. Aber nach dem Zufallsprinzip sollten sie nicht vergeben werden!

Die Impfstraßen werden von zahlreichen Freiwilligen getragen, von der Ärzteschaft hin, bis zu den Hilfsorganisationen. Die Abwicklung erfolgt dort hochprofessionell, genauso wie in den Praxen der niedergelassenen Ärzte. Die Impfskoordination ist und bleibt aber eine staatliche Aufgabe und darf nicht wegen des entstandenen Impfchaos ausgelagert werden. Die Rechtsanwaltskammern leisten gerne dazu Hilfestellung, sind aber für die Planung nicht verantwortlich!

Der Kampf um die vorderen Plätze in der Impfreihenfolge ist voll im Gange, weil die Pläne des Ministeriums laufend geändert wurden. Es ist nicht tolerabel, dass den Kammern und gesetzlichen beruflichen Vertretungen vor wenigen Tagen pauschal Impflobbyismus unterstellt wird, wie dies die Wiener Patientenanwältin zuletzt in aller Öffentlichkeit getan hat. Wir Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte stehen jeden Tag für unsere Mandanten an der Front, in engen Verhandlungssälen, im Halbgesperre oder als Erwachsenenvertreter. Das ist unser Beitrag für den Rechtsstaat in einer Krise, die Einschränkungen der Grundrechte gebracht hat, wie Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Geschäftsschließungen und vieles mehr, die bis vor Kurzem unvorstellbar gewesen sind. Der Dank des Kammerpräsidenten gilt daher all jenen, die sich auch ohne Impfung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, egal ob Mandant oder Verfahrensbevollmächtigter, einsetzen. Wir werden immer dort und dann unsere Stimme erheben, wenn es um die Rechte und Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geht.